Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
Schleswig-Holstein

Protokoll

Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen Schleswig-Holstein

44. Sitzung
8. Dezember 2025
15:30 – 17:40 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

- Thies Teegen
- Marcus Haß
- Andreas Kölln
- Nadine Sierks
- Thomas Bartels
- Christian Sach
- Gunilla Pugell
- Nadine Sierks
- Janine Kolbig
- Esther Zelenka
- Norbert Stolte
- Jürgen Trinkus
- Monika Gall
- Susanne Lottermoser
- Sandra Gnaß
- Kerstin Scheinert
- Silke Haß
- Silke Engel
- Martina Scheel
- Fritz Bremer
- Michael Niemann
- Marion Malzahn (online)
- Mathias Krasa (digital)

Beratende Mitglieder

- Hans-Hermann Riese
- Klaus Rienecker
- Rüdiger Hannig
- Reinhard Vossgrau

Gäste

- Michaela Pries (Vorsitzende)
- Prof. Dr. Welti
- Christian Dirschauer (Mitglied des Landtages)
- Birte Pauls (Mitglied des Landtages)
- Dr. Heiner Garg (Mitglied des Landtages)
- Eka von Kalben (Mitglied des Landtages)
- Arne Braun (Geschäftsführer)
- Mitarbeitende der Landesbeauftragten und weitere Gäste.

1. Begrüßung

Michaela Pries begrüßt die Mitglieder des Landesbeirates und die Gäste der heutigen Sitzung.

Michaela Pries berichtet von der mündlichen Anhörung zur Landesfachstelle Barrierefreiheit aus der Sozialausschusssitzung vom 6.11. Es gab von den Abgeordneten der Regierungsfraktionen etliche inhaltliche Nachfragen. Die Landesbeauftragte wird im nächsten Jahr strukturiert Informationen sammeln, um mögliche Bedarfe aufzeigen zu können.

2. Austausch mit Prof. Welti zum Gutachten „Vereinbarkeit des Landesrechts mit der UN-BRK“

Prof. Welti lehrt Rehabilitations- und Teilhaberecht an der Universität Kassel. Er erstellt gemeinsam mit Herrn Prof. Shafaei (Hochschule für angewandte Wissenschaften, Kiel) im Auftrag der Landesbeauftragten ein Gutachten zur Vereinbarkeit des Landesrechts mit der UN-BRK. Das Gutachten befasst sich mit den Gesetzen und Verordnungen und nicht mit der Umsetzung der Gesetze. Herr Welti befragt die Mitglieder zu Problemen um Impulse für das Gutachten zu erhalten. Zu Beginn nennt er Beispiele für Gesetzesbereiche, die er untersuchen wird:

- Kinder- und Jugendhilferecht
- Inklusion in der Schule
- Straßen und öffentlicher Personennahverkehr
- Betreuungsrecht
- Gesetz zur Hilfe und Unterbringung von Menschen mit Hilfebedarf infolge psychischer Störungen (PsychHG)

Aus Sicht von Thomas Bartels finden in der Praxis die vorsorgenden, begleitenden und nachsorgenden Hilfen, die im PsychHG in § 1,4 benannt sind, zu wenig Beachtung. Ein weiteres Problem ist die fehlende Partizipation von Menschen mit Behinderungen, insbesondere für die kommunaler Ebene sind die Vorgaben zu

unkonkret. Es wird gewünscht, dies im Gesetz genauer zu fassen, damit eine Beteiligung gelingen kann.

Martina Scheel weist auf die fehlenden Regelungen für kommunale Beauftragte in der Gemeindeordnung hin. Dadurch fehlt der Rahmen für die Arbeit der kommunalen Beauftragten. Die Rechte der kommunalen Beiräte entsprechen denen der Seniorenbeiräte. Herr Welti erkennt hier einen konkreten Prüfauftrag.

Christian Sach stellt die Probleme der Menschen, die Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen, dar. Aus seiner Sicht erhalten immer mehr Menschen Leistungskürzungen oder gar keine Leistungen mehr. Für Menschen mit psychischen Behinderungen stellt der Rechtsschutz über Widerspruch und Klage kein geeignetes Verfahren dar, da hierfür häufig das Wissen oder schlicht die Energie fehlt. Aus seiner Sicht bräuchte es hier Sanktionen, die den Eingliederungshilfeträgern „weh tun“.

Monika Gall schildert die Probleme der Menschen mit einer Multiplen Chemikalien-Sensitivität (MCS). Menschen mit einer MCS Erkrankung finden in öffentlichen oder privaten Räumen keine chemische Barrierefreiheit vor, da sie sehr stark von dem Verhalten anderer Menschen abhängig sind. Aus ihrer Sicht findet diese Problematik in den Gesetzen keine Berücksichtigung. Herr Welti erklärt, dass das Konzept Barrierefreiheit extra offen formuliert ist, da so alle spezifischen Barrieren umfasst sind. Aus seiner juristischen Sicht ist eine Beschreibung von Gruppen mit Behinderungen keine Lösung. Monika Gall bittet Herrn Welti, dass er nach Gesetzeslücken sucht, damit Menschen mit einer MCS Erkrankung besser geschützt sind.

Janine Kolbig vom Zentrum Selbstbestimmtes Leben Norddeutschland (ZSL Nord) bestätigt die Aussagen von Christian Sach bezüglich der Eingliederungshilfe. ZSL Nord betreibt 9 Ergänzende unabhängige Teilhabeberatungsstellen (EUTB). Die Mitarbeitenden stellen vermehrt fest, dass Leistungen bei gleichbleibenden Bedarfen gekürzt und Anträge häufig negativ beschieden werden. Daneben weist sie auf die Probleme in der gesundheitlichen Versorgung hin wie z. B. im Bereich der Prävention und Barrierefreiheit. Auch müssen Menschen mit Behinderungen Möglichkeiten der Partizipation immer wieder einfordern. Herr Welti erkundigt sich nach der Beteiligung in Landesgremien zum Thema gesundheitliche Versorgung oder in der Krankenhausplanung. Diese Nachfrage löst Erheiterung bei einigen Mitgliedern aus, da es keine Beteiligung der Selbstvertretungen gibt. Michaela Pries merkt an, dass sie als Interessenvertretung aktuell mehr in die Gremienarbeit auf Landesebene eingebunden wird. Trotzdem besteht natürlich noch Handlungsbedarf. Fritz Bremer berichtet von konkreten Probleme in der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf. Außerdem beschreibt er die aus dem Fachkräftemangel resultierenden Probleme der Betreuung in besonderen Wohnformen. Für die Familien, die deshalb Betreuungsleistungen übernehmen

müssen, kann dies auch zu einer Aufgabe der Berufstätigkeit eines Elternteil führen. Hierzu würden ihn Daten und Fakten interessieren. Michaela Pries weist deutlich auf den Auftrag des Gutachtens hin und stellt klar, dass es um die Überprüfung von Gesetzen geht und nicht, um Zahlen und Fakten zu sammeln.

Martina Scheel macht darauf aufmerksam, dass es für die LAG der kommunalen Beauftragten und Beiräte keine gesetzliche Grundlage gibt und damit auch keine Ressourcen zur Verfügung stehen. Außerdem fehlt ihr bei den umfassenden Digitalisierungsplänen des Landes, die Beteiligung der Menschen mit Behinderungen.

Silke Haß teilt ihre Sorge mir, dass es bei der Umsetzung des „Bau-Boosters“ und der gestiegenen Baukosten zu einer Reduzierung der Barrierefreiheit kommen könnte. Darüber hinaus weist sie daraufhin, dass es keine Verpflichtungen in der Landesbauordnung gibt, rollstuhlgerechte Wohnungen zu bauen.

Herr Welti merkt an, dass viele Wortmeldungen sich auf in die mangelhafte Gesundheitsversorgung bezogen haben. Das Land muss im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung Daten zur gesundheitlichen Lage der Bevölkerung sammeln und könnte deshalb, zukünftig die gesundheitliche Lage von Menschen mit Behinderungen in den Blick nehmen. Auch macht Herr Welti deutlich, dass der Großteil des Sozialrechts auf Bundesebene geregelt wird und nur geringe Anteile auf landes- und kommunaler Ebene. Herr Welti bedankt sich bei den Mitgliedern für die vielfältigen Anmerkungen und Hinweise.

Herr Welti bietet den Mitglieder an, ihm weitere Rückmeldungen an seine Email welti@uni-kassel.de zu senden. Michaela Pries bittet die Mitglieder, Arne Braun arne.braun@landtag.ltsh.de in cc zu setzen.

3. Austausch mit den Landtagsabgeordneten zur Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe und zur Gesundheitsversorgung

Die Mitglieder haben zu den Themen „Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe“ und „Gesundheitsversorgung“ Handouts entwickelt. Diese wurden den Abgeordneten im Vorwege zur Verfügung gestellt und liegen auf den Tischen aus. Die Handouts sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

3.1 Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe

Martina Scheel liest das Handout vor.

Thomas Bartels möchte den Aspekt des Empowerments verstärken, da Leistungen die Empowerment fördern, perspektivisch zu geringeren Eingliederungshilfeleistungen führen können. Außerdem vermisst er in Bezug auf Empowerment einen Paradigmenwechsel in den Angeboten der Eingliederungshilfe. Es sollten außerdem mehr Peers in den Leistungsangeboten der Eingliederungshilfe beschäftigt werden.

Christian Dirschauer bedankt sich für das gute Handout und kann die darin angesprochenen Ängste sehr gut nachvollziehen. Im Landtag hatte der zuständige Staatssekretär das Thema Einsparungen in der Eingliederungshilfe angesprochen. Er betont, dass die Fachpolitiker und Fachpolitikerinnen der verschiedenen Fraktionen sich nicht an diesen Diskussionen beteiligen. Für Christian Dirschauer ist Empowerment ein wichtiger Baustein zur Weiterentwicklung in der Eingliederungshilfe.

Birte Pauls versteht die Sorgen und fand die Wortwahl des zuständigen Staatssekretärs nicht angemessen und hat dies in ihrem Redebeitrag deutlich gemacht. Aus ihrer Sicht muss das System auf Ebene der Verwaltung effizienter werden. Sie macht deutlich, dass nicht an den Leistungen für die Menschen mit Behinderungen gespart werden darf.

Eka von Kalben bedankt sich für das Handout. Sie macht deutlich, dass nicht an den Menschen, sondern an der Bürokratie gespart werden muss. Sie teilt mit, dass die finanziellen Mittel für die Integrationsfachdienste von 2,5 Mill. € auf 5 Mill. € erhöht wurden.

Heiner Garg verweist auf die Anhörung im Sozialausschuss zum Bericht der Landesregierung auf die große Anfrage der FDP. In diesem Verfahren haben die Mitglieder des Landesbeirates die Möglichkeit, umfassend Stellung zu nehmen. Aus seiner Sicht sollten bei der Digitalisierung landeseinheitliche Verfahren eingeführt werden, die alle Eingliederungshilfeträger (Kreise und Städte) anwenden. Aus seiner Sicht brauchen die beteiligten Akteure, Leistungserbringer und Eingliederungshilfeträger, mehr Vertrauen, damit es zu einer konstruktiven Weiterentwicklung in der Eingliederungshilfe kommt. In diesem Zusammenhang erwähnt er die Einführung von Einrichtungsbudgets. Außerdem wirft er die Frage auf, ob die Entscheidung der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe sinnvoll war.

3.2 Gesundheitsversorgung

Janine Kolbig stellt das Handout vor.

Eka von Kalben bedankt sich für die vielen guten Anregungen. Wichtig ist, dass es in Schleswig-Holstein mehr barrierefreie Arztpraxen geben muss, einschließlich Medizinischer Versorgungszentren für Erwachsene mit Behinderungen (MZEB). Die Forderung nach einer größeren Beteiligung der Menschen mit Behinderungen in

Landesgremien unterstützt sie und will prüfen, wo dies gesetzlich verankert werden könnte.

Birte Pauls kann die formulierten Forderungen sehr gut nachvollziehen, gerade auch in Bezug auf das Thema Frauengesundheit und die fehlende Barrierefreiheit in der ambulanten Versorgung. Das Thema Barrierefreiheit könnte gut in der Krankenhausstrukturreform Beachtung finden. Birte Pauls bietet ihre Unterstützung an.

Christian Dirschauer bedankt sich für das umfassende „Pflichtenheft“. Die Forderung an das Land, Barrierefreiheitsstandards für Arztpraxen zu entwickeln, unterstützt er. Dies wäre ein erster Schritt hin zu mehr Barrierefreiheit. Aus der Antwort des Gesundheitsministerium auf eine Anfrage des SSW zum Thema Prävention ist deutlich geworden, dass Menschen mit Behinderungen eine untergeordnete Rolle spielen. Wichtig ist Christian Dirschauer das Thema Haltung. Es braucht Haltungsänderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen und diese können am ehesten durch den direkten Kontakt hergestellt werden.

Thomas Bartels hat die Idee, um Haltungsänderungen zu fördern, eine Ausgleichsabgabe im Gesundheitswesen einzuführen. Daraus könnten barrierefreie Angebote finanziert werden.

Birte Pauls merkt an, dass die Landesbauordnung zwar Barrierefreiheit vorschreibt, die Vorschriften aber nicht umfassend sind.

Eka von Kalben betont, dass Barrierefreiheit umfassend gedacht werden muss z. B. auch in Bezug auf Duftstoffe.

Michaela Pries bedankt sich bei den Mitgliedern und den Abgeordneten für die gute Zusammenarbeit.

4. Verschiedenes

Janine Kolbig teilt mit, dass ZSL Nord am 5.5.2026 eine Aktion zum Protesttag der Menschen mit Behinderungen organisieren will. Zur Gestaltung und Organisation sind alle Mitglieder herzlich eingeladen.

Martina Scheel trägt ein Gedicht zum Thema Inklusion von Michael Hegger vor.

Ursula Hegger teilt mit, dass Marcus Haß zukünftig die Mitglieder des Landesbeirates bei den Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag vertreten wird. Kris Daniel, der bisheriger Vertreter, tritt zurück, da er nach Hamburg ziehen wird.

Mit einem Dank für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr und den besten Wünschen für die Weihnachtszeit und das neue Jahr wird die Sitzung geschlossen.